Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1917 Nr. 607 — Jahrgang 210

Bezugspreis für Halle u. Vororte 3.35 Mk. Durch die Post bezogen 3.50 Mk. für das Vierteljahr. Einzelnummer 1.30 Mk. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreigeschaltet. — Gratis-Beilagen: Illustrierter Courier (illust. Heuilletonbeil.). Illustriertes Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.). Sonntag: Illustrierte Illustr. Modenbeilage. Sächsische Provinzialblätter. Kinderbeilage (für die junge Welt)

Morgen-Ausgabe

Anzeigengebühren für die sieben-espaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 20513

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Lewziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 760) während der Geschäftsstunden. Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5615. Geschäftsstelle 5608 und 5609. Hauptschriftleiter: Dr. **U. Simon**, Halle

Mittwoch, 28. November 1917

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6390. Druck und Verlag von **Otto Thiele**, Halle (Saale)

Starke englische Angriffe gescheitert

Außerordentlich schwere Verluste der Engländer

Berlin, 27. Nov. Bei Sturm und Regen verlief in Flandern der Vormittag des 26. November mit geringer Zeitweiliger Gefechtstätigkeit. Erst nachmittags steigerte sich Westroosebeke bis Zandvoorde das Artilleriefeuer zu großer Heftigkeit. Am Abend trat von der Küste bis Houthulster-Wald erneute Feuersteigerung ein. Westende und Stadt Dixmuide erhielten lebhaften Beschuß. Verschiedene vorhabende englische Patrouillen wurden restlos abgewiesen.

Auf dem Hauptkampffelde von Cambrai wurden am Vormittag mehrfach erkannte feindliche Ansammlungen beim Bahnhof Mesnières unter wirksamstes Vernichtungsfeuer genommen. Am Nachmittag setzte besonders zu Gegend Bourlon und Fontaine starker Artilleriekampf ein. Auch hier faßte unsere Artillerie ihr Feuer gegen Ansammlungen bei Crainpourt und Inneug zusammen. Sechs gegen Fontaine auffahrende Panzerwagen wurden durch unser Feuer zur Umkehr gezwungen. Südlich Inchy entwickelten sich am Abend beim lebhaften Feuer schwerer Kaliber für uns günstig verlaufende Handgranatenkämpfe. Unter dem Schutze der Dunkelheit bereitgestellte starke feindliche Infanterie kam um 7 Uhr 30 Min. abends gegen Bourlon Dorf und Wald zum Angriff vor. In erbitterten hin- und herwogendem Nahkampf wurden die Engländer unter schweren Verlusten abgeschlagen. An der Südspitze des Bourlon-Waldes ist ein Engländernest verblieben. Im übrigen ist Bourlon, sowie der Bourloner Wald entgegen dem Polbhubericht fest in unserer Hand. An dieser Stelle des Hauptkampfes haben die Engländer bei ihren wiederholten mißlungenen Angriffen und in unseren wuchtigen Gegenstößen außerordentlich schwere Verluste erlitten. Ihre überlegene Zahl und Masse unterlag jedesmal dem Heldenmut unserer tapferen Infanterie.

Ein in Gegend La Folie gegen 8 Uhr abends sich vorbereitender Angriff kam in unserem Vernichtungsfeuer nicht zur Durchführung. Auf dem ganzen Kampffelde erleiden die Engländer vor jedem Angriff schwere Verluste durch das flankierende Artilleriefeuer unserer Batterien, die jedesmal in dem übersichtlichen Gelände in der Lage sind, schnell ihr verheerendes Feuer auf die massierten Ansammlungen zu richten.

Nordwestlich Soissons nahm zeitweise die Artillerietätigkeit auf unserer Südfront zu und steigerte sich weiterhin am Nachmittage.

Oestlich Reims setzte von 7 Uhr bis 7 Uhr 30 Min. vormittags ein starker feindlicher Feuerüberfall am Keil- und Poelberge ein. Nach starkem Artillerie- und Minenfeuer auf unsere Stellungen nördlich Prunay erfolgte dort 5 Uhr nachmittags ein starker französischer Teilvorstoß, der im Gegenstoß abgewiesen wurde. Die Verluste des Feindes sind schwer. Oestlich der Maas nahm nach verhältnismäßig ruhigem Vormittag besonders in Gegend Ornes am Nachmittag das Feuer zu und griff gegen Abend auch auf unsere Stellungen bis an die Maas über. Mehrfach erkannte feindliche Bewegungen wurden mit Erfolg unter Feuer genommen.

Weitere Veröffentlichung der russischen Geheimakten

Stockholm, 26. November. Die Petersburger Zeitung „Birschewija Wedomosti" fährt mit der Veröffentlichung der Geheimakten fort. Danach teilte der russische Botschafter in Paris Iswolski in einem geheimen Telegramm am 26. Februar 1917, Nummer 168, mit, daß der Regierung der französischen Republik Gewicht und Bedeutung der Vereinbarungen bekannt sind, die im Jahre 1915 mit der russischen Regierung getroffen wurden, um nach Kriegsschluß die Frage von Konstantinopel in Uebereinstimmung mit Rußlands Bestrebungen zu regeln und daß andererseits ihren Verbündeten alle jede Sicherheiten in militärischer wie industrieller Hinsicht zuzusichern sind, die für die Sicherheit und den wirtschaftlichen Fortschritt des Kaiserreiches nötig sind und deshalb Rußlands unbedingte Rechte in Bezug auf die Festsetzung seiner westlichen Grenze zuerkennen. In einem geheimen Telegramm des russischen Auswärtigen Amtes an den Botschafter in Paris, u. a. die französischen Eroberungspläne Deutschland gegenüber behandelt, heißt es zuletzt: „Außerdem glauben wir uns der Zustimmung von seiten Frankreichs versichern zu müssen, daß die Servitut über die Aalandsinseln nach Beendigung des Krieges aufgehoben werden muß."

Petersburg, 27. November. (P. T. A.) Die letzte von Trotzky veröffentlichte Urkunde ist ein geheimes Telegramm, der russische Gesandte in Bern teilt darin mit, daß einige Großmanövrierte in der Schweiz Besprechungen abhielten. Die Engländer stellten in Abrede, so heißt es in dem Telegramm weiter, an dieser Konferenz teilgenommen zu haben, doch sei der Direktor der Lloyds-Bank am 22. September 1917 in Genf angekommen. Englisch Rußlands wisse man nichts Endgültiges. Es scheine, daß man sich nur dahin ausgesprochen habe, daß die Mittelmächte einige Kompensationen im Orient erlangen könnten. Die deutschen Teilnehmer an der Konferenz hätten auf Abtretung der russischen Provinzen und Unabhängigkeit Finnlands bestanden.

Anmerkung der Schriftleitung: An zuständiger Stelle ist von dieser Versammlung nichts bekannt.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 27. Nov., abends. (Amtlich.) Auf dem Schlachtfelde bei Cambrai sind starke englische Angriffe zwischen Bourlon und Fontaine gescheitert. Erbitterte örtliche Kämpfe dauern noch an.

Im Osten und an der italienischen Front nichts Besonderes.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 27. Nov. Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz

Die Lage blieb gestern unverändert. In den die letzten zehn Tage ausfüllenden Kämpfen bei Cismon haben die alpenländischen Truppen des Generals Alfred Krauß wieder mit größter Tapferkeit und Ausdauer gefochten. Hatte das Grazer Schützen-Regiment im Ringen um den Monte Pertios abermals seiner Vergangenheit würdige Taten vollbracht, so fanden die Oberösterreicher vom Hessen-Infanterie-Regiment Nr. 14 und Abteilungen der Tiroler Jäger bei Il Termine und San Marino in der Brenta-Schlucht Gelegenheit, neuen Ruhm an ihre Fahnen zu knüpfen. Am 23. November hat Hauptmann Brumovski den 25. Gegner im Luftkampf besiegt.

Oestlicher Kriegsschauplatz und Albanien

Nichts Neues.

Der Chef des Generalstabes.

Das Programm des polnischen Ministerpräsidenten

Warschau, 27. Nov. In den Warschauer Blättern veröffentlicht der Seniorenkonvent der aktivistischen Parteien eine Erklärung, nach der der Seniorenkonvent keinen Block bilde, sondern nur zur Verständigung in den laufenden politischen Fragen diene. Das nationale Zentrum sei nur eine Gruppe im Block. In der Konferenz mit dem Seniorenkonvent habe Ministerpräsident Kucharzewski, nachdem er eingangs bemerkt hatte, daß er offener konsequenter Aktivist sei und sich unter den Vertretern des Aktivismus in befreundetem Kreise fühle, sein politisches Programm in den Hauptzügen, wie folgt, zusammengefaßt:

1. Schnellster völliger Aufbau des polnischen Staates auf der Grundlage der Erlasse des 5. November und des 12. September.
2. Eiligste Schaffung einer regulären nationalen Armee noch vor Berufung des Staatsrats mit Hilfe der Rekrutierung und auf den Kadern der Legionen.
3. Aktivität und möglichste Einheitlichkeit des Kabinetts.
4. Berufung des Staatsrates nach den Grundsätzen, welche eine einträchtige Zusammenarbeit mit der Regierung ermöglichen.

„Glos" erfährt hierzu, daß der Seniorenkonvent seine Stellung zur Regierung von den Bürgschaften abhängig mache, welche die Zusammensetzung des Kabinetts hinsichtlich der Durchführung des Programms geben werde.

Sie besprechen sich wieder einmal

Amsterdam, 27. Nov. „Algemeen Handelsblad" berichtet aus London: Einer der Gegenstände, die nächste Woche durch den Kriegsrat der Alliierten besprochen werden sollen, ist die Frage des Zusammenwirkens der Flotten der Mittel- und Südamerikanischen Staaten mit den Flotten von Großbritannien und der Vereinigten Staaten. Ein anderer Gegenstand der Besprechungen wird die Versorgung der Alliierten bilden. Jede Macht wird ersucht werden, eine Liste ihres Bedarfes aufzustellen. Sonderrechte zugunsten des einen oder anderen der alliierten Länder werden nicht gewährt werden. Andere Punkte beziehen sich auf die zu ergreifenden Maßregeln für die Bekämpfung des österreichisch-ungarischen U-Bootkrieges im Adriatischen Meer, sowie die Frage der Blockade in ihrer Beziehung zur Schweiz und zu Spanien und die finanzielle und wirtschaftliche Hilfe, die nach dem Kriege Belgien gewährt werden soll.

Die Freikonservativen und die Wahlrechtsfrage

Seit einigen Tagen beschäftigt eine prinzipielle Auseinandersetzung über die Wahlrechtsfrage die freikonservativen Blätter und Kreise. Ihren Ausgangspunkt nahm die Erörterung von einem in der „Post" veröffentlichten Aufsatz des freikonservativen Landtagsabgeordneten Professor Dr. Bredt-Marburg, in welchem der Befürchtung Ausdruck gegeben war, daß die Partei sich in der Wahlrechtsfrage nicht als zuverlässig erweisen und umfallen könnte. „Die Freikonservativen", so heißt es weiter, „haben bisher nur eine sehr vorsichtige Stellung eingenommen. Vor allem aber ist von maßgebender Stelle aus mit der Möglichkeit des Umschwenkens schon in einer Weise gespielt worden, daß kein Mensch mehr sicher ist, wie die Partei sich stellen wird. Nun kann man die Fragen aber beurteilen, wie man will: man muß nur auf alle Fälle wissen, was man will, und dann dabei bleiben. Die Stellung: wir sind eigentlich dagegen, aber unter Umständen auch bereit, dafür zu sein, muß eine Partei um jeden Kredit bringen. Nach dieser Stellung aber sieht das Verhalten der Partei bisher aus. Daß aber ein solches Verhalten nicht nur der Parteiidee genau entgegenlaufen würde, sondern die Partei für kommende Wahlen auch ziemlich unmöglich machen würde, liegt auf der Hand. Die Gefahr ist da."

Wie zu erwarten war, hat der Führer der freikonservativen Partei, der Abg. Frhr. von Zedlitz, diesen ziemlich eindringlichen Appell nicht unbeachtet gelassen. Aber statt die vom Abg. Bredt gewünschte klare Antwort zu erteilen, gehen seine, ebenfalls in der „Post" veröffentlichten Ausführungen am Kern der Sache vollkommen vorbei. Frhr. von Zedlitz erklärt es zunächst einmal für erforderlich, abzuwarten, „ob noch begründete Aussicht vorhanden ist für ein Wahlrecht, das bei weitgehender Gleichstellung aller Wähler doch den besonderen Wert berücksichtigt, der einem Teil der Stimmen für den Staat nun einmal beiwohnt, oder ob damit zu rechnen ist, daß sich das gleiche Wahlrecht, wenn auch mit Schwierigkeiten, bestimmt durchsetzt. Das aber wird sich, soweit man jetzt sehen kann, erst im Laufe der Verhandlungen, wahrscheinlich sogar recht spät, herausstellen. Erst wenn diese Seite der Sache mit einiger Sicherheit zu übersehen ist, läßt sich dann die Wahl des einzuschlagenden Weges pflichtgemäß treffen."

Wie man sieht, lehnt Frhr. von Zedlitz also eine unzweideutige und offene Stellungnahme ab und zieht sich auf die an ihm gewohnte Taktik des „einerseits—andererseit" zurück. Offenbar wird dabei die Haltung des freikonservativen Führers in starkem Maße von der ebenfalls schwankenden Wahlrechtspolitik der Nationalliberalen beeinflußt, und es scheint, daß er sich insbesondere hinter dem bisherigen Führer der nationalliberalen Partei, dem nunmehrigen Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. Friedberg zu verschanzen gedenkt. Wenigstens erklärt er in einem Aufsatz des „Tag", daß Dr. Friedberg, der sich wiederholt gegen das gleiche und für ein Mehrstimmenwahlrecht ausgesprochen habe, seit dem Wahlerlaß vom 11. Juli von der politischen Notwendigkeit der Einführung des gleichen Wahlrechts durchdrungen und daher in der Lage sei, mit vollem Nachdruck für die Erfüllung der in jenem Erlasse erteilten Zusage einzutreten. Leider ist Frhrn. von Zedlitz dabei jedoch ein beträchtlicher Irrtum unterlaufen; denn noch auf dem nationalliberalen Vertretertag in Hannover am 7. Oktober hat Dr. Friedberg sich unter lebhaftem Beifall unzweideutig gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen geäußert und sich unumwunden zum Pluralwahlrecht bekannt.

Wie Dr. Friedberg und die Mehrheit der nationalliberalen Fraktion aber auch neuerdings zur Wahlrechtsfrage stehen mögen, — über das eine sollte die freikonservative Fraktion bezw. die Parteileitung nicht im Zweifel sein: daß der eingangs erwähnte Aufsatz des Abg. Dr. Bredt die Auffassung der weitesten Parteikreise widerspiegele. Auch der Ende Oktober stattgefundene freikonservative Parteitag und die von ihm bekundete Zustimmung zu den Ausführungen des Abg. Lüdicke zur Wahlrechtsfrage lassen es als sicher erscheinen, daß ein Abgleiten der Parteileitung nach links für die freikonservative Wählerschaft eine Belastungsprobe bedeuten würde, die besser ungeschehen bleibt. Schließlich darf gerade in diesem Zusammenhange wohl darauf verwiesen werden, daß eine erhebliche Anzahl der freikonservativen Mandatsinhaber ihre Sitze nur der Unterstützung deutsch-konservativ gerichteter Wähler verdankt, und daß diese künftighin kaum gewillt sein dürften, ihre Stimmen den Kompromißkandidaten einer Partei zur Verfügung zu stellen, die in einer Lebensfrage Preußens offenkundig versagt haben würde. Es

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191711281-19/fragment/page=0001

wird deshalb im wohlverstandenen Interesse der freikonservativen Partei gelegen sein, wenn die Parteileitung sich möglichst bald und uneingeschränkt zu einer Stellungnahme durchringt, die den Traditionen ihrer besten Zeit entspricht.

U-Bootkrieg und Landkrieg

Daß der feindliche Druck auf unsere Landfronten durch den U-Boot-Krieg sehr erheblich erleichtert worden ist, ist erst vor einiger Zeit von der obersten Heeresleitung ausdrücklich anerkannt worden. In Wirklichkeit ist diese Unterstützung des Landkriegs durch den U-Boot-Krieg weit erheblicher, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Allerdings ist es dem U-Boot-Krieg nach Lage der Dinge nicht möglich, die Zufuhren von Munition aus England, wo sie überwiegend hergestellt wird, nach dem Festlande zu unterbinden. Aber das ist darauf zurückzuführen, daß auf der kurzen Strecke von England nach Frankreich, durch Minenfelder, Netzsperren und andere technische Hilfsmittel sich eine verhältnismäßig große Sicherheit für den Verkehr, zumal bei Nacht und mit schnellen Dampfern, erreichen läßt. Daß dagegen auf anderen Strecken, auf dem Wege nach Rußland und dem Mittelmeere trotz Geleitzügen und anderen Hilfsmitteln mancher Munitionsdampfer unseren U-Booten zum Opfer gefallen ist, ergeben die Berichte unserer U-Boots-Führer zur Genüge. Die auf diese Weise vernichtete Munition wird aber der Verwendung an der feindlichen Front entzogen und dadurch der tapferen Verteidigung unserer Front ihre Aufgabe erleichert. Auch der riesige Munitionseinsatz bei den jetzigen Kämpfen in Flandern, der vielleicht noch den Munitionseinsatz der Somme-Schlacht vom Vorjahre übertrifft, spricht nicht dagegen; denn wenn die versenkten Munitionsmengen an die feindlichen Fronten in Frankreich, Italien, Rußland, Mazedonien oder der Türkei gekommen wären, so wäre der feindliche Einsatz an Munition eben noch um soviel größer gewesen.

Aber die unmittelbare Vernichtung von Munition ist nur ein kleiner Teil der Unterstützung unseres Landkrieges durch den U-Boot-Krieg. Vielmehr fällt die so häufig gemeldete Versenkung der aus allen Teilen der Welt bezogenen Rohmaterialien ins Gewicht, wie Eisenerzen, Kupfer, Chemikalien für Sprengstoffe und dergl., von deren Einfuhr die Höhe der Munitionserzeugung unmittelbar abhängt. Und nicht nur auf die Versenkung der Schiffe kommt es an; ebenso wichtig ist es, wenn Fahrten aus anderen Gründen unterbleiben, z. B. weil es an Schiffsraum fehlt oder weil der vorhandene Schiffsraum dringlicher für andere Zwecke gebraucht wird. An Schiffsraum aber fehlt es infolge der hohen Versenkungsziffern unseres U-Boot-Krieges sehr erheblich. Übereinstimmend wird von allen U-Booten gemeldet, daß die Meere unbemannt werden, was auch seinen Grund in dem allmählichen Sinken der versenkten Tonnage findet. Ferner wird der für die Beförderung von Gütern und dann auch für Munition verfügbare Schiffsraum eingeschränkt durch die verschiedenen Maßnahmen eines verstärkten Schutzes für den Schiffsverkehr, wie das Fahren in Geleitzügen, das eine rationelle Ausnutzung des ohnehin eingeschränkten Schiffsraumes verhindert und die Sicherung von Geleitzügen oder einzeln fahrender Schiffe besonders im Sperrgebiet durch bewaffnete Schiffe aller Art, die andernfalls für den Transport ebenfalls in Betracht kämen, wobei des Verbrauchs von Kohlen, die sonst der Munitionsherstellung nutzbar gemacht werden könnten, noch gar nicht gedacht ist. Letzten Endes gehört z. B. auch die Benutzung der Bahnen bei den gegenwärtigen großen Truppenverschiebungen der Entente nach Italien hierher, zu der man nur gegriffen hat, weil der Seeverkehr infolge des U-Boot-Krieges zu gefährlich ist. Wäre man nicht genötigt, auf diesen Umstand Rücksicht zu nehmen, so wären die jetzt durch Truppentransporte überlasteten Bahnen für den Versand von Munition und sonstigem Kriegsmaterial verhindert, dessen Italien vielleicht dringlicher als der Menschen bedarf, ganz abgesehen davon, daß die Truppentransporte mit der Bahn ungeheure Kohlenmengen verschlingen, die sonst auch der Munitionsherstellung hätten dienstbar gemacht werden können.

Läßt sich die Unterstützung, die der Landkrieg durch den U-Boot-Krieg infolge der Verringerung der feindlichen Munition erfährt, auch nicht in bestimmten Zahlen ausdrücken, so ergeben diese Erwägungen doch, daß diese Unterstützung sehr beträchtlich ist und daß der feindliche Munitionseinsatz an unseren Fronten noch erheblich größer wäre, wenn unsere U-Boote nicht so manches mit Kriegsmaterial oder Rohmaterialien für die Munitionserzeugung beladene Schiff versenkten und dadurch die verfügbaren Schiffsräume dauernd verminderten.

Aufschub der Parlamentswahlen in Frankreich

Bern, 27. Nov. „Progrès de Lyon" meldet aus Paris: Der Minister des Innern erteilte allen Präfekten und Unterpräfekten die Anweisung, angesichts der augenblicklichen Umstände sich nicht von ihren Posten zu entfernen, außer in Fällen, wo es unbedingt dienstlich notwendig ist. Der Polizeipräfekt von Paris und der Direktor der Allgemeinen Sicherheitspolizei wurden abgesetzt. Die Regierung beabsichtigt, die Neuwahlen zum Parlament, die im Jahre 1918 stattfinden sollten, zu verschieben, da man sonst die in der Armeezone befindlichen Wähler und die Kriegsgefangenen mit abstimmen lassen könne. Man hält es für wahrscheinlich, daß die Kammer ihre Machtbefugnis durch Gesetz bis zum Jahre 1920 verlängern lassen wird. In parlamentarischen Kreisen scheint man sich mit der Möglichkeit von Wahlreformen zu befassen und zwar sollen im ersten Wahlgange alle Sitze im Parlament auf Grund des Systems der absoluten Mehrheit verteilt werden und für die Stichwahlen soll das Proportionalsystem Anwendung finden.

Die Malvy-Angelegenheit

Die heute in Genf eingetroffenen Lyoner Blätter vom 23. November berichten über die Kammersitzung vom 22. November nachfolgende Einzelheiten: Als Dechanel bekannt gab, daß Malvy einen Antrag auf Gründung eines Ausschusses von 33 Mitgliedern eingebracht habe, entstand sofort große Erregung. Malvy wurde nur gestattet, kurz über die Zeit der Erörterung seines Antrages zu sprechen, wogegen die Sozialisten Einspruch erhoben. Malvys Angaben bezüglich der bisherigen Untersuchungen auf die Anschuldigungen durch Daudet wurden von Painlevé als richtig bestätigt. Die Rede Malvys wurde von heftigen Zwischenrufen der Rechten und starken Zusammenstößen zwischen der Rechten und der Linken ständig unterbrochen. Die Linke und die äußerste Linke und ein Teil des Zentrums bereiteten Malvy nach der Rede eine Huldigung. Renaudel erklärte nachher, Clémenceau sei zwar nicht anwesend, aber irgend jemand von der Regierung könne in seinem Namen sprechen. Clémenceau habe die Skandale als Sprungbrett benutzt, um zur Macht zu gelangen. An der Kammer ertönten wieder leidenschaftliche Zwischenrufe, erst nach langer Unterbrechung konnte Renaudel fortfahren. Clémenceau muß nun auch die Initiative für alles Weitere übernehmen und Malvy muß seine Ankläger vor Gericht stellen können. Justizminister Mail führte sodann namens der Regierung aus, daß sie Erklärungen beibringen werde. Im Senat wurde der Antrag Malvy sehr lebhaft besprochen.

Der Heldenkampf des Hilfskreuzers „Marie" im Kattegatt

Drei Schiffe des Namens „Marie" sind jetzt für immer in der Geschichte der deutschen Marine verzeichnet: Die alte Kreuzerfloette dieses Namens, die lange Jahre hindurch die deutsche Flagge in fernen Zonen zeigte, der Dampfer „Marie", dem es gelang, die englische Blockadelinie zu durchbrechen und den Helden in Ostafrika neue Munition zuzuführen, und nun seit wenigen Tagen der kleine Hilfskreuzer des gleichen Namens, der am 2. November im Kattegatt nach tapferem Widerstand gegen neun englische Torpedobootszerstörer mit wehender Flagge in den Fluten der Ostsee versank, nachdem mehr als zwei Dutzend tapferer Blaujacken ihre Treue zur schwarz-weiß-roten Flagge mit dem Tode besiegelt hatten.

Kein Ruhmesblatt für Englands in diesem Kriege an wirklichen Heldentaten so armen Flotte ist dieser ungleiche Kampf gewesen. Neun gegen einen! Neun moderne, stark bewaffnete Torpedobootszerstörer gegen einen kleinen Hilfskreuzer, der im Frieden als einfacher Handelsdampfer die Ostsee durchfuhr, dessen dünne Eisenwände unter dem Hagel englischer Granaten wie ein Sieb durchlöchert wurden, nachdem gleich einer der ersten Treffer in die Maschine das Schiff manövrierunfähig gemacht hatte. Auf 200, zweihundert Meter Entfernung hatten die Engländer ihren Geschoßregen über das todwunde Schiff geschickt, und doch erst durch einen Torpedo in das Hinterschiff, der durch Explosion der Munitionskammern das ganze Achterdeck in Flammen setzte, vermochten sie den Widerstand des tapferen Schiffes zu brechen. Zwei der „tapferen" Zerstörer waren bereits schwer beschädigt aus dem Gefecht ausgeschieden und hatten sich lendenlahm zurückgezogen. Dann suchten auch die anderen das Weite und überließen das in hellen Flammen lodernde Schiff, auf dem noch immer stolz die Kriegsflagge wehte, seinem Schicksal. Einige Verwundete hatten sie noch schnell aus dem Wasser aufgenommen; den Rest der tapferen Schar, unter ihnen den Kommandanten, Kapitänleutnant Lauterbach, hatten sie in ihrer fliehenden Eile nicht mehr gefangen nehmen können. Diese Männer hatten bis zum letzten Augenblick auf dem brennenden Wrack ausgehalten und waren dann mit dem kleinen Boot abgestoßen, dem einzigen, das noch einigermaßen unbeschädigt war. Als die Nußschale von dem völlig in Qualm und Flammen gehüllten sinkenden Schiff ablegte, stiegen noch, nach gutem deutschen Seemannsbrauch, drei Hurras auf Kaiser und Schiff hinmelan. Zwei Stunden später wurden die Schiffbrüchigen von dem dänischen Dampfer „Dalgas" aufgenommen.

Nach dem Eintreffen in Kopenhagen wurden die Verwundeten ins Hospital überführt, wo sie eine äußerst herzliche und sorgsame Aufnahme fanden. An dem Landungsplatz drängte sich eine dichte, neugierige Menschenmenge, Reporter suchten interessante Einzelheiten zu erfahren. Einer von ihnen stellte an den Kommandanten die etwas harmlose Frage: Konnten Sie sich denn nicht ergeben? Ganz gegen alle Disziplin mischten sich da die Matrosen ins Gespräch und murmelten unwillig: „Was denkt der Mann denn von uns? Wir und uns ergeben? Lieber wollen wir ertrinken, als daß wir uns den Engländern ergeben!"

Neun gegen einen hatten die Engländer gefochten und das kleine Schiff zum Sinken gebracht. Tapfer sind sie dann immer, die Albionssöhne, wenn sie in der Uebermacht sind. So war es am 28. August 1914 vor Helgoland und bei den Falklandinseln. Ebenso waren sie in der Schlacht vor dem Skagerrak fast zweimal so stark als wir. Durch ihre Uebermacht wollen sie auch diesen Krieg gewinnen, indem sie aus allen Teilen der Welt Hilfe herbeiholen. Der Plan wird ihnen nicht gelingen. Er wird scheitern an der deutschen Kraft und an dem deutschen Siegeswillen, der sich bis zum Ende durchsetzen wird: Und wenn die Welt voll Teufel wär!

Zur Konferenz der Alliierten

Rom, 27. Nov. (Agenzia Stefani.) Der Ministerpräsident Orlando, die Minister Nitti, dall'Olio und Bianchi, sowie der Kommissar für das Flugwesen Chiesa sind am Abend zur Teilnahme an der Konferenz der Alliierten nach Paris abgereist. Sonnino hat sich schon gestern dahin begeben.

London, 27. Nov. (Reuter.) Lloyd George ist heute Vormittag nach Paris abgereist, um an der Sitzung des Obersten Kriegsrates teilzunehmen. Auch Venizelos ist nach Paris abgereist.

Paris, 27. Nov. (Agence Havas.) Sonnino traf hier ein.

Der neue Oberbefehlshaber Krylenko

richtete laut „Havas" an Armee und Flotte einen Tagesbefehl, indem er seine Ernennung und bevorstehende Abreise zur Front mitteilt.

Krylenko ist der breiteren Oeffentlichkeit durch sein Auftreten im Petersburger Wahlkampf 1906/07 für die zweite Duma bekannt geworden. Damals wirkte es nach dem „Vorwärts" als große Sensation, daß in offenen Wählerversammlungen (Krylenko selbst war also Wähler) unter strenger Polizeiaufsicht und Kontrolle ein Sozialdemokrat dabei bolschewistischer Richtung auftrat und doch sich auszusprechen verstand. Allerdings drückte die Stolypinsche Regierung ein Auge zu, weil die Kritik, die Krylenko dem Liberalismus („Kadetten") widmete, ihr sehr zustatten kam. Jedenfalls bildeten damals die Reden und das Auftreten des „Genossen Abram", wie sich Krylenko nannte, das Gesprächsthema in ganz Rußland, und die Zeitungen brachten ausführliche Berichte. Krylenko stammt von rechtgläubigen Christen ukrainischen Ursprunges. Er mag etwa 37 Jahre alt sein.

Aufgebracht

Hoek van Holland, 26. November. Der niederländische Dampfer „Titan", der hier angekommen ist, meldet, daß er in der Ostsee durch deutsche Seestreitkräfte angehalten und für fünf Tage nach Swinemünde aufgebracht worden ist.

Im französischen Heeresbericht

vom 26. November, abends, wird u. a. gemeldet: Auf dem rechten Maasufer nördlich der gestern eroberten Stellung sehr lebhafter Artilleriekampf.

Orientbericht vom 25. November: In der Wardargegend griff der Feind an mehreren Punkten der Front mit Abteilungen verschiedener Stärke an. Er wurde überall zurückgeschlagen.

Wie lange noch Jammerbriefe?

So siegbaft hoch der deutsche Aar über den Schlachtfeldern aller Kriegsschauplätze schwebt, so niederen seelischen Schäden sind — es muß leider Gottes gesagt werden! — immer noch zumal die Frauen, an der Heimatfront. Die Klagen darüber wollen nicht verstummen, daß unsere Feldgrauen fort und fort Briefe aus der Heimat gequält werden, die die schwierige Lage zum grau, schwarz in schwarz schilden und mit allen Ausführlichkeit ausmalen. Dabei liegt in den wenigsten solchen Klagebriefen böser Wille zugrunde; vielmehr sind sie aus ihrem Zustandekommen teils Unverstand und Unachtsamkeit, teils Mangel an Selbstzucht und vaterländischer Opferfreudigkeit schuld.

Alle, die es angeht, sollten sich doch einmal ernstlich ins Zeug legen, wie denn die Dinge in Wirklichkeit, ohne Schwarzseherei und Trübung, bei uns liegen. Dort es uns nicht wundernehmen, wenn wir aus dem feindlichen Auslande hören, daß die Soldaten an der Front mit Jammerbriefen überschüttet werden, weil eben dort schon im voraus trotz aller heuchlerischen Phrasen arten ihrer Führer der unausbleibliche moralische Kahenjammer anbricht, so haben wir doch umgekehrt hinreichend Anlaß, den Kopf hochzuwerfen. Siegen wir nicht, siegen wir nicht weiter? Hat je ein Volk gleichen Anlaß gehabt, auf seine Brüder und Söhne mit mehr Stolz zu blicken, weil sie Wunder über Wunder gegen der Feinde Uebermacht vollbrachten? Ist wirklich ein wichtiger Grund zum Wehklagen da? Daß ein Weltkrieg wie der jetzige, bei dem unsere Feinde nichts Geringeres beabsichtigen als uns durch Ausbungern zu vernichten, allen mitteuropäischen Reich wie arm, Entbehrungen und Einschränkungen auferlegen mußte, ist doch wahrlich nicht befremdlich. Bei der Lage der Heimtücke unserer geriebenen Gegner ist es eher bewundernswert zu nennen, daß bis heute in unserer Mitte kein Mensch wirklich hungert ist, auch nicht verhungern wird. Nach mindestens mehr oder minder verfehlten Maßnahmen sind wir doch in der Bewirtschaftungsmittelverteilung so weit, daß in der Hauptsache alles Nötige, Ueberdies ist unsere letzte Ernte wesentlich besser ausgefallen als in den Vorjahren, und ist die Kartoffel, unser aller täglich Brot, an Fülle, Gehalt und Geschmack trefflich geraten. Die militärische Lage aber kann kaum besser stehen; sie überstrahlt um ein vielfaches die der Herbsttage in jedem der drei bisher flossenen Kriegsjahre, gibt zu keinen Befürchtungen Anlaß, die Gegenteil! Wir marschieren dem Endsieg entgegen. „Wir müssen nachlassen!" mahnte Hindenburg. Haben wir Anlaß, einem solchen Manne, der uns immer wieder zu glänzenden Erfolgen führt, irgendwie das Vertrauen zu versagen? Dürfen wir ferner nicht fest darauf verlassen, daß unsere Unterseeboote, gegen die noch immer kein Mittel gefunden worden ist, an den Grundpfeilern der englischen Weltmacht solange gebren werden, bis England zum mindesten einen Vergleich suchen wird? Freilich sagt sich England, daß wenn es ihm mit den Waffen nicht gelingt, die Deutschen niederzuwerfen, man es versuchen mag, in deutschen Volke Uneinigkeit und Zwietracht zu säen und Mißstimmung zu erzeugen. Das eben wird hierzulande viel zu wenig von denen beachtet, die mit ihren Jammerbriefen die Feldgrauen bösartig verstimmen und beunruhigen. So arbeiten sie, ohne zu wissen, unmittelbar dem Feinde in die Hände. Man bedenke auch, wie solche schwachmütigen Briefe auf die Empfänger wirken müssen. Die in der Feuerlinie stehenden Truppen sind ohnehin jetzt in höchster geistiger Anspannung, ihr Nervenzustand oft bis zur Unerträglichkeit angegriffen. Da kommt denn solch eine unsäglichkle, unüberlegte Hiobspost, und nun arbeitet die Einbildungskraft des Briefempfängers schrankenlos; malt sich entsetzliche Dinge aus, übertreibt naturgemäß und sieht Gespenster über Gespenster. Wieviel Unheil mögen derlei Briefe schon angerichtet haben. Die Klagesseelen sollten sich vergegenwärtigen, daß das, was wir in der Heimat zu ertragen und auszuhalten haben, gar keinen Vergleich mit den heldenhaften Leistungen aushält, die unser Heer auf dem Festland wie auf dem Meer, unter dem Wasser und in der Luft vollbringt. „Da waren" — so faßt Kirchenrat J. Schiller-Nürnberg in einer Zuschrift an die „Kreuzzeitung" aus — „die germanischen Frauen vor zweitausend Jahren andere Naturen. Sie gegen mit in den Männerstreit, ihre Gatten und Söhne anfeuernd. Und sie zuhause blieben, kleiden mußten, verachtschätzten sich von ihren ausziehenden Kriegern mit dem Wort: „Kommst zurück mit dem Schild oder auf dem Schild!" Wenn es auch heutzutage uns nicht gegeben ist, an ähnlicher weiblicher Größe fehlt, so lassen doch viele den gleichen Geist vermissen. Ihnen sei zuzurufen: Verderbt uns nicht den Weg! Gebet hin und schämt Euch! Alles steht, so gut es stehen kann" Warum also und wie lange noch Jammerbriefe? . . .

Türkischer Heeresbericht

Konstantinopel, 25. Nov. Amtlicher Tagesbericht. Sinaifront: An der Küste Vorpostenplänkeleien von geringer Bedeutung. Vor der Mitte der Front am Vormittag Ruhe. In den ersten Nachmittagsstunden schritt der Feind mit zwei bis drei Infanteriebrigaden erneut zum Angriff. Zum Teil brach der Angriff in unserem Artilleriefeuer schon in seinem Anfang zusammen. Wo er überhaupt zur Ausführung kam, wurde er restlos abgewiesen.

Konstantinopel, 26. Nov. Amtlicher Tagesbericht. Sinaifront: An der Küste überschritt der Gegner mit Kavallerie und zugeteilter Infanterie den Wadi Andscha und setzte sich auf dem rechten Norduser fest. Gestern traf ihn der unser Angriff, und zwar mit vollem Erfolg. Das Norduser des Wadi Andscha ist vom Feinde gesäubert. Sechs Maschinengewehre und elf Gefangene blieben in unserer Hand. Eine beträchtliche Anzahl fliehender Feinde sind im Fluß ertrunken. In der Mitte der Front drängte unsere Kavallerie die feindliche Kavallerie zurück und nahm ihr Beute ab.

Bulgarischer Heeresbericht

Sofia, 26. Nov. Generalstabsbericht. Mazedonische Front: Im Cernabogen verstärkte sich während des Tages das Artilleriefeuer beträchtlich an gewissen Stellen der Front. Die Feuertätigkeit überschritt nicht die Normalgrenze in der Gegend von Moglena. Beim Kloster St. Archangel setzte unser Artilleriefeuer ein feindliches Artilleriedepot in Brand. Auf beiden Ufern des Wardar und in unserem Struma-Tal Aufklärer-Unternehmungen.

Dobrudschafront: Östlich von Mahmudia wurde eine feindliche Erkundungsabteilung durch Feuer zerstreut.

Sofia, 27. Nov. Im Generalstabsbericht vom 27. November wird nichts besonderes gemeldet.

Italienischer Heeresbericht

vom 26. Nov.: Gestern versuchten feindliche Massen, unterstützt durch furchtbares Artilleriefeuer, von neuem einen Angriff gegen unsere Stellungen zwischen Brenta und Piave. An unserem linken Flügel wurden die Anstrengungen des Feindes, die sich auf das Gebiet des Mte. Pertica richteten, sofort gebrochen. Die feindlichen Kolonnen, die in Nordwesten und Norden mit beträchtlicher Erbitterung auf der Linie Mte. Casono Collo bell'Orso Mte. Salarolo-Mte. Spinucola kämpfen, wurden durch wiederholte wütende Gegenangriffe abgeschlagen. Mehr als 200 Gefangene blieben in unserer Hand. Auf dem rechten Flügel versuchte der feindliche Angriff sich gegen die Ostkante des Mte. Meletta zu erneuern. Die Sturmwellen wurden schließlich in mehreren Gegenangriffen durch unsere tapferen Alpini abgeschlagen. Wir machten einige Dutzend Gefangene. General Diaz.

Spanisches

Madrid, 27. Nov. Nach einer amtlichen Mitteilung sind gestern im ganzen Lande Versammlungen zu gunsten einer Straferlasses abgehalten worden. Zwischenfälle sind nicht gemeldet worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191711281-19/fragment/page=0002

Verband der Preußischen Landkreise zur Verwaltungsreform

Bei der öffentlichen Erörterung der Verwaltungsreform ist von Vertretern städtischer Interessen das Verlangen stark in den Vordergrund geschoben worden. Abgesehen von der Frage der Staatsaufsicht handelt es sich vor allem um folgende Punkte:

1. Die kreisangehörigen Städte sollen von der Unterstellung unter den Landrat auf dem Gebiete der Polizeiverwaltung befreit werden.
2. Die Erledigung der eigentlichen Staatsaufgaben soll nach Muster der in Hannover zum großen Teil bestehenden Regelung statt dem Landratsamt den kreisangehörigen Städten durchweg übertragen werden, mit Ausnahme der Staatssteuerfachen und — allenfalls — der die Durchführung der Wehrpflicht betreffenden Militärangelegenheiten.
3. Die Vertretung der kreisangehörigen Städte im Kreistage soll unter Zugrundelegung der Steuerleistung geändert werden.
4. Das Ausscheiden der Städte aus dem Kreise soll durch Herabsetzung der Grenze der Einwohnerzahl und neue Bestimmungen über die Berechnung der vom Kreise zu gewährenden Entschädigung erleichtert werden.

Daneben hat insbesondere der Reichsverband deutscher Städte in einer außerordentlich großen Zahl von Einzelfällen auf allen Verwaltungsgebieten Anträge gestellt, die auf eine Ausschaltung der Kreisinstanz für die Städte hinauslaufen. Auch wird die Beseitigung des Stadtausschusses verlangt, auf den die gesamte Zuständigkeit des Kreisausschusses bezw. des Stadtausschusses in freien Städten übergehen soll.

Der Verwaltungsrat des Verbandes der Preußischen Landkreise hält sich für verpflichtet, demgegenüber, ohne auf Einzelfragen einzugehen, folgendes festzustellen:

Zur Begründung der weitgehenden Anträge obengenannter Art werden die Verhältnisse in den Landkreisen und ähnliche Stellung der kreisangehörigen Städte unzutreffend geschildert. Es werden schwere Vorwürfe gegen die Kreisverwaltungen im Sinne einer, wenn auch unbewußten Zurücksetzung der Städte gegenüber dem platten Lande erhoben, die nicht berechtigt sind. Die Kreisverwaltungen sehen ihre Aufgabe darin, das kommunale und wirtschaftliche Leben des Kreises, sowohl des platten Landes wie der Städte zu pflegen und zu entwickeln. Ihre Leistungen und ihre Aufwendungen auf dem Gebiete des Straßenwesens (Straßen, Klein- und Straßenbahnen, Straßenverkehr für staatliche Nebenbahnen), des Gesundheitswesens (Krankenhäuser, Hebammen, Impfungen, Tuberkulosebekämpfungen, Säuglingspflege), des Bildungswesens (Fachschulen, Haushaltungs- und Kochschulen, Volksbüchereien, Stipendien), der Jugendpflege, des Sparkassenwesens (Sparkassen), der Elektrizitätsversorgung und ähnlichen Gebieten kommt Stadt und Land zugute. Sie werden durch Entfaltung der Kräfte des platten Landes auch die Interessen der vom Landgebiet umschlossenen Städte in hervorragendem Maße gefördert. Der wirtschaftliche Zusammenhang ist ein so enger, daß der Vorteil des einen auch der des anderen ist. Es ist aber auch zu bedenken, daß die Städte schon für sich im Besitze von Einrichtungen Selbstverwaltungseinrichtungen sind, die ihnen ein starkes Eigenleben ermöglichen, während der überwiegende Teil des platten Landes erst im Kreise die Möglichkeit solcher Entfaltung findet. Es ist ferner nicht richtig, daß die städtischen Verwaltungen allgemein die Empfindung hätten, zurückgesetzt und gehemmt zu werden. Das Verhältnis zur Kreisverwaltung kann vielmehr bei gutem Willen auf beiden Seiten leicht erfreulich gestaltet werden. Es sind vielfach vielen städtische Vertreter in den Kreistagen eine führende Rolle und leisten dankbar anzuerkennende Mitarbeit. Noch viel weniger ist die Behauptung zutreffend, daß die städtische Bevölkerung unter den jetzigen Verhältnissen die Zugehörigkeit zum Kreise als „unerträglich" empfinde.

Bestrebungen, die darauf abzielen, die Landkreise dadurch der Auflösung entgegenzuführen, daß die kreisangehörigen Städte auf dem Gebiete der Staatsverwaltung völlig aus dem Zusammenhange mit der Kreisinstanz herausgelöst werden und daß ferner das Ausscheiden der Städte aus dem Kreise in übertriebenem Maße erleichtert wird, laufen dem allgemeinen Interesse, dem Interesse der Kreise und demjenigen der Städte selbst zuwider. So sehr die Fortentwicklung und freie Gestaltung der Selbstverwaltung insbesondere auch der Städte zu begrüßen ist, so darf doch die Notwendigkeit nicht außer acht gelassen werden, ein starkes Gerüst der Staatsverwaltung zu erhalten. Es darf auch ferner der Gebietszusammenhang nicht vernachlässigt werden, durch den Stadt und Land in den Kreisen zusammengehalten werden. Dieser Zusammenhang, der auf wirtschaftlichen Grundlagen beruht und in einer von Land und Stadt getragenen Selbstverwaltung der Kreise seinen Ausdruck findet, darf nicht zum Nachteil des platten Landes und der Städte selbst durch unnötiges oder verfrühtes Herausbrechen der Städte geschädigt werden.

Der Verwaltungsrat weist auch darauf hin, daß die Erfüllung zu weitgehender Ansprüche der kreisangehörigen Städte in den angegebenen Richtungen eine neue Benachteiligung für die größeren Landgemeinden städtischen Charakters bilden würde. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Gemeinden geht über diejenige zahlreicher kleinerer und mittlerer Städte weit hinaus und läßt es vielmehr als gerechtfertigt erscheinen, sie ohne Antastung ihrer Kreisangehörigkeit und ihrer Verwaltungsform den kreisangehörigen Städten auf dem Gebiete der Gesetzgebung häufiger als bisher gleichzustellen.

Der Verwaltungsrat gibt sich der Hoffnung hin, es werde bei der Verwaltungsreform wie auch etwaigen Veränderungen der Selbstverwaltungsorganisation die Bedeutung der Kreisinstanz und der Kreisverwaltung nicht verkannt und Anträgen, die dieser Bedeutung nicht gerecht werden, keine Folge gegeben werden.

Die Versorgung der Kriegsbeschädigten

I.

Im Feld, in den Lazaretten und in der Heimat herrscht unter den Kriegsteilnehmern und ihren Angehörigen teilweise noch immer Unklarheit über die Versorgung der Kriegsbeschädigten nach ihrer Entlassung aus dem Heeresdienst. Diese Ungewißheit über das eigene Schicksal im Falle einer dauernden Gesundheitsstörung durch Verwundung oder Erkrankung macht sich oft in niedergedrückter Stimmung und allerhand schwermütigen Grübeleien bemerkbar. Es ist nun aber einer der obersten Grundsätze und der Grundgedanke unserer ganzen Kriegsgesetzgebung, daß Mut und Ausdauer der Soldaten und ihrer Familien nicht durch unnötige Zukunftssorgen gerüttelt werden sollen. Und wer wirklich über die Rentengesetzgebung und die soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge Bescheid weiß, wird sich auch kaum solchen sorgenvollen Gedanken hingeben. Aber das Mannschaftsversorgungsgesetz, das die Rentenbestimmungen enthält, ist so umfangreich, und die Einrichtungen der freiwilligen bürgerlichen Fürsorge sind so weitverzweigt, daß der Feldsoldat, der Verwundete oder die Kriegerfrau nur schwer Einblick gewinnen kann.

Im Folgenden soll für diejenigen, die sich über die Grundsätze der Kriegsbeschädigtenfürsorge noch völlig im Unklaren sind, ein kurzes Merkblatt der wichtigsten Leitsätze gegeben werden, die jeder Kriegsbeteiligte kennen muß.

Wie oben bereits angedeutet, unterscheidet man zwischen gesetzlicher Versorgung und bürgerlicher (freiwilliger) Fürsorge. Die gesetzliche Versorgung ist im wesentlichen eine militärische. Sie wird noch erweitert durch die Leistungen der reichsgesetzlichen Sozialversicherung. Die bürgerliche Fürsorge, von der später zu sprechen sein wird, ist in der Hauptsache soziale Hilfstätigkeit. Auf die (militärische) gesetzliche Versorgung hat jeder Kriegsbeschädigte einen rechtlichen Anspruch, d. h. der Staat muß sie gewähren. Die bürgerliche Fürsorge, die ebenfalls einen amtlichen Charakter hat, kommt zwar allen Kriegsbeschädigten zugute, ihre Leistungen sind aber freiwillig. Es soll hier, da wir uns ja auf das Wichtigste beschränken wollen, nur die Frage behandelt werden, die den Kriegsteilnehmern am meisten am Herzen liegt:

„Auf welche Geldbezüge habe ich als Kriegsbeschädigter zu rechnen?"

A.

Die militärische Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten

Sie ist niedergelegt in dem Reichsgesetz vom 31. Mai 1906 über die Versorgung der Personen der Unterklassen des Reichsheeres (Mannschaftsversorgungsgesetz, M. V. G.).

Ihre Hauptleitsätze sind etwa folgende:

Die Heeresverwaltung gewährt allen Kriegsbeschädigten kostenlose Heilfürsorge. Erst nach Abschluß des Heilverfahrens kann über den Anspruch auf Rentenversorgung entschieden werden.

Ein Anspruch auf Entschädigung (Rente) erwächst allein durch Verminderung der Erwerbsfähigkeit, nicht der militärischen Dienstfähigkeit. Man kann also sehr wohl militärisch noch dienstfähig sein und trotzdem Anspruch auf Rente haben.

Die Verminderung der Erwerbsfähigkeit muß verbunden sein mit einer Dienstbeschädigung. Als Dienstbeschädigung gelten alle Verwundungen, körperliche und geistige Erkrankungen, sowie Verschlimmerungen bereits bestehender Krankheiten, die auf den Kriegsdienst zurückzuführen sind.

Die Dienstbeschädigung muß eine Beschränkung der Erwerbsfähigkeit um mindestens 10 Prozent zur Folge haben.

Anspruch auf gesetzliche Entschädigung haben demnach alle Mannschaften und Unteroffiziere die durch Dienstbeschädigung eine Beschränkung ihrer Erwerbsfähigkeit um mindestens 10 Prozent erlitten haben. Nur diese Personen gelten im Sinne des Gesetzes als „Kriegsbeschädigte".

Eine Änderung der Rente kann nur bei wesentlicher Veränderung der Erwerbsfähigkeit eintreten.

Die Höhe der Rente ist unabhängig von dem Arbeitsverdienst, den der Kriegsbeschädigte tatsächlich erzielt; also auch bei hohem Verdienst muß die Rente ausgezahlt werden, wofern sich das Leiden nicht gehoben oder wesentlich gebessert hat.

Meldungen über Dienstbeschädigung und Rentenansprüche sind während des Heeresdienstes beim Truppenteil anzubringen, nach der Entlassung beim zuständigen Bezirksfeldwebel. Bei Kriegsdienstbeschädigungen, die nicht auf eine Kriegsverwundung zurückzuführen sind, ist der Anspruch ausgeschlossen, wenn sich die Beschädigung später als 10 Jahre nach dem Friedensschluß zeigt.

Die Entscheidung über den Versorgungsanspruch trifft die Militärbehörde, und zwar vor und bei der Entlassung aus dem Heeresdienst der Truppenteil, nach der Entlassung das Bezirkskommando.

Einspruch gegen die Entscheidung kann binnen drei Monaten nach Zustellung des schriftlichen Bescheides bei dem zuständigen Generalkommando erhoben werden, gegen dessen Entscheidung binnen drei Monaten beim Kriegsministerium. Die Einspruchserhebungen sind beim Bezirksfeldwebel einzureichen.

Die Renten können nicht gepfändet werden.

Die Versorgungsrechte erlöschen durch rechtskräftige Verurteilung zu Zuchthausstrafen, wegen Hochverrats, Landesverrats, Kriegsverrats oder wegen Verrats militärischer Geheimnisse.

Die Geldentschädigung (Rente) besteht aus der Militärrente, der Verstümmelungszulage und der Kriegszulage.

Kirche, Schule und Mission

Erleichterung der Prüfung für das höhere Lehramt

Auf Antrag des Vertretertages der Preußischen Philologenvereine hat der Kultusminister den Kandidaten, die bereits drei Jahre studiert haben und mindestens ausnahmend ein Jahr im Heeresdienst gestanden haben, bei der Ablegung der Prüfung für das höhere Lehramt erhebliche Erleichterungen gewährt. Die für alle Meldungen bis spätestens ein Jahr nach Beendigung des Krieges gelten. Soweit die Prüfung noch nach der alten Prüfungsordnung abgelegt wird, wird sie zunächst auf die wissenschaftliche Fachprüfung beschränkt. Die schriftliche Arbeit, bei deren Thema Wünsche der Kandidaten zu berücksichtigen sind, soll so gestellt werden, daß sie in etwa 4 Wochen zu bewältigen ist und kein zeitraubendes Suchen nach Literatur nötig macht. Gegebenenfalls sind Literaturangaben zu machen. — Die allgemeine Prüfung, für deren schriftliche Aufgabe das Thema nach Ablegung der Fachprüfung zu stellen ist, wird auf Philosophie beschränkt. Sie ist während der Vorbereitungszeit abzulegen, in die der Kandidat sofort nach bestandener Fachprüfung eintreten kann. Die Prüfung in der Pädagogik erfolgt nach den Bestimmungen der neuen Prüfungsordnung am Schlusse der Vorbereitungszeit. Bei den aus dem Felde Beurlaubten ist auf die ihnen dadurch erwachsenden Schwierigkeiten Rücksicht zu nehmen und gegebenenfalls die Ergebnisse einer bereits abgelegten Doktorprüfung für die mündliche Prüfung mitzuverwerten. — Damit ist den Wünschen des Vertretertages voll entsprochen.

(Nachdruck verboten.)

Familie P. C. Behm

Roman von Ottomar Enking.

Tuh tuh! kam es gedämpft aus der Ferne herüber. Anna sah scharf auf den Hafen hinaus. — „Da müssen wir hin", sagte er lebhaft, „sie eisen einen Dampfer ein." Anna schüttelte ihre Gedanken ab, ihre Neubegier ward wach. „Ja, das möchte ich gern sehen." — Er hielt ihr die Hand hin, sie nahm sie, und der kräftige Druck, den sie spürte, drängte das Beklommene aus ihr hinaus. Sie schritten im Takt und beschrieben Bogen. Anna war aufgeklärt, daß sie tüchtig mit ihm vorwärts kam. Ein Gefühl erfüllte sie, eine Freude über ihr eigenes, sicheres Gleiten, und über die Festigkeit, mit der Körper sie führte. Bald lag die Bahn mit den Menschen hinter ihnen, und nun flogen sie auf dem unberührten Schnee dahin. Silbergrün schimmerte der glasblanke Boden, wo dem wunderbar zierliche Schneesternchen in Blumenform Blätterformen glitzerten. — „Wie schön!" jauchzte sie. „Als wenn wir über weißes Farrenkraut und Edelweiß laufen. Es tut mir ordentlich leid, daß wir die schönen Blüten durchschneiden." — „Sie wachsen wieder. Fräulein Behm, und in der unendlichen Menge, die hier vorhanden ist, kommt es auf die paar, die wir zerstören, nicht an."

Sie schwiegen und hörten nur ihr eigenes Sirr sirr, wenn mit dem sie die runden Striche in das Eis einzeichneten, daß es zu ihren Seiten aufstäubte und der Saum des Anna's Kleid weiß ward. Rasch kamen sie auf der schlittenbaren, menschenleeren Fläche vorwärts. Der Dampfer hob sich schon über das Eis, und sie konnten erkennen, daß er unten rot und obenschwarz angestrichen war. Nun bei dem Schornstein der von der Sonne hellgelb gefärbte Dampf herausdrang, der sich am blauen Himmel in Lufter auflöste, so dauerte es schon gar nicht mehr lange, bis sie das Tuh tuh vernahmen. Immer kleiner wurde der Zwischenraum. Dann und wann ging ein Schaudern und Zittern durch das Eis unter ihren Füßen. Der Dampfer zerbrach die knackenden Schollen. Und jetzt sie bei dem Dampfer viele Männer, die schwangen schwere Hacken. Dumm dumm ertönte es, wenn die Eisen aufschieben. Sie waren am Ziel. — Eine große Reihe von Peelschlitten stand da mit Mänteln, Geräten, Kaffeekannen aus Blech, Flaschen und Körben bepackt, und in zwei Reihen, backbord und steuerbord voraus vor dem riesig aufragenden, qualmenden Dampfer, an dessen Bug der Name „Franziska Maas" gemalt war, arbeiteten die Fischer. Sie trugen grangelbe Wollsacken, die in der Kälte dampften, und ihre faltigen Hosen steckten in hohen Wasserstiefeln, über deren Spann dicke Riemen geschnallt waren. Die Riemen hielten eiserne Spitzen unter den Sohlen fest. Ab und zu machte einer halt und schob den Südwester zurück, der über die Stirn gerutscht war. Dabei lehnte er sich auf den Baum seiner Hacke, der ihm bis an die Brust reichte und oval aus zähem Pitschpine- oder Eichenholz geschnitzt war. Unten am Stiel saß, in etwas stumpfem Winkel aufgetrieben, das dicke, lange, viertkantige Eisen, das in einen scharf sich verjüngenden Halbmond auslief. Mächtige Wucht lag in solcher Hacke, aber um sie immer wieder zu schwingen, dazu gehörten auch starke Arme. Und die hatten sie die Kogenstiedter Fischersleute. — In Gruppen zu je zweien schlugen sie auf vorgemerkten Linien ins Eis, daß die großen Splitter davonstiebten, bis der Halbmond ganz in der schmalen Rinne verschwand und schließlich das Wasser herausplatschte. Bei jedem Hieb fuhr ihnen die Luft mit einem kurzen Ha! aus der Brust. Waren sie an ihrer Stelle fertig, dann gingen sie, vom Dampfer weg, weiter zurück und begannen ihr Werk von neuem. Der Dampfer, bei dem Anno und Körting standen und zusahen, wartete ruhig so lange, von Eistrümmern umzackt. Waren in weiter Strecke die beiden Linien vor dem Schiff feucht geworden, so verbanden die Fischer die Enden mit einem Querschnitt; nun lag, aus dem übrigen losgehauen, eine gewaltige, länglich viereckige Scholle da. Die Fischer sammelten sich beim Querschnitt und zwanzig von ihnen bildeten eine Reihe. Je ein Mann zu beiden Seiten schlug vom festen Eise aus, etwa von fünf zu fünf Metern auf den Querschnitt zu, Kerben in die Scholle. Die Fischer faßten einander an den Händen und gingen langsam zum Dampferbug vorwärts, taktmäßig mit den stachelbewehrten Stiefeln stampfend und mit den gebogenen Knien nachdrückend. Dazu sangen sie unbeweglichen Angesichts abwechselnd in einem tiefen und einem höheren Ton:

„Haalt Brot, haalt Keef, haalt Wust,
Haalt Amsterdam, Rotterdam, Schie — dam,
Haalt Schnaps, haalt Köhm, haalt Beer."

Unter dem Massengewicht brach das Eis in den Kerben ab. Das Wasser wurde emporgepreßt, und schnell traten die Fischer von dem schräg hinuntergedrückten Eisstück aufs nächste Flach über. Da tat wohl einer einen Fehltritt oder war nicht flink genug, dann sank er bis an den Leib in die Rinne, aber die anderen hielten ihn fest und zogen ihn in die Höhe. Dabei wurde nicht etwa gescherzt. Mit ernsthaften, gefurchten Gesichtern sangen sie ihr einförmiges:

„Haalt Brot, haalt Keef, haalt Wust,
Haalt Amsterdam, Rotterdam, Schie — dam."

Dicht vor dem Dampfer ließen sie einander los und trennten sich, suchten ihre Schlitten, nahmen einen Schluck und peckten sich nach dem inneren Hafen zu, wo zwei Kameraden die beiden Hacklinien an einer auergelegten und immer mehr zurückgeschobenen Stange weiter vorgemerkt hatten. Nach „Franziska Maas" sahen sie nicht zurück: die mochte sehen, wie sie nachkam; sie hatten ihre Pflicht getan. An der neuen Arbeitsstelle verließen sie die Schlitten wieder und splitterten ins Eis, daß es krachte. — „Franziska Maas" aber sagte tuh tuh, der Kapitän, der oben auf der Kommandobrücke neben dem Steuermann und dem Lotsen stand, rief seinen Befehl: „Vullspiet vörut!" durch das Sprachrohr in die Maschine hinunter, die Schraube fing an zu wühlen und zog Wasser und Eis in ihre Wirbel. Der Bug drängte sich gegen die zerkleinerten Schollen, die beiseite und über und unter das Eis wichen, sich aufbäumten und dumpf gegen die Schiffswände polterten, daß das Fahrzeug erbebte. Wild knirschten die zerriebenen Eisstücke, scheuerten dem Dampfer die Farbe ab, barsten, zersprangen wie Glas, versonken, tauchten triefend auf, torkelten übereinander, fraßen das eine vom anderen, reckten sich wie flehend und schmerzvoll auf und ließen sich entmutigt sinken, während „Franziska Maas" siegreich und selbstbewußt durch das Schollengewimmel hindurchdrang, als hätte sie ganz allein die Haft des Frostes gesprengt und könne nimmer gehemmt werden. Aber als sie an das neue große Eisrechteck anstieß, fiel ihr der Mut, und sie sah ein, daß mit ihrer Macht nichts getan war. Der Kapitän ließ stoppen und Wasser und Eis hinter der Schraube wurden glatt und still, bis er wieder nahe herangekommen war, der Gesang:

„Haalt Amsterdam, Rotterdam, Schie — dam,
Haalt Schnaps, haalt Köhm, haalt Beer."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191711281-19/fragment/page=0003

Provinz Sachsen und Umgebung

Oberpräsident a. D. von Dewitz

Der in Naumburg a. S. lebende Oberpräsident a. D. Wirkliche Geheime Rat Kurt v. Dewitz vollendet am 29. November sein 70. Lebensjahr.

Geboren zu Bromberg als der älteste Sohn des späteren Generalmajors Hermann v. Dewitz bestand er nach dem Besuche der Schulen zu Brandenburg, Küstrin, Frankfurt a. O. und Danzig und der Hochschulen in Bonn und Berlin das Auskultatorexamen, arbeitete als Referendar in Stargard und Naumburg, legte im September 1875 die große juristische Staatsprüfung ab und wurde alsbald als Kreisrichter in Rummelsburg i. Pomm. angestellt. 1876 zur allgemeinen Staatsverwaltung übernommen und zunächst bei den Landdrosteien Hannover und Aurich beschäftigt, erhielt er 1877 die Verwaltung des Landratsamts Dramburg und wurde im Mai 1878 zum Landrat dieses Kreises ernannt. Nach einer regen, namentlich dem Ausbau der Verkehrswege aller Art gewidmeten Tätigkeit wurde er 1884 in den Rheinganzkreis versetzt, wo er neben der Einführung der Kriseordnung und der Arbeiterversicherung auch umfassendere Aufgaben als Organisator der Wanderarbeiterfürsorge in Hessen-Nassau und dem Großherzogtum Hessen-Darmstadt, sowie als Weinbauaufsichtskommissar für die Provinz zu erfüllen hatte. Ende 1896 wurde er zum Verwaltungsgerichtsdirektor in Potsdam und 1898 zum Oberregierungsrat und Vertreter des Regierungspräsidenten in Breslau, 1898 zum Präsidenten der Regierung in Erfurt ernannt, 1903 aber in gleicher Eigenschaft nach Frankfurt a. O. versetzt. Von hier wurde er im Juni 1906 als Oberpräsident an die Spitze der Provinz Schleswig-Holstein berufen. Als indes 1907 der sogn. Optantenvertrag mit Dänemark abgeschlossen wurde und damit die von ihm vertretene und von der Reichs- und Staatsregierung gebilligte Behandlung der Dänenfrage trotz seines Widerrates eine plötzliche, für das Deutschtum der Nordmark schwer schädigende, tief eingreifende Aenderung erfuhr, erbat er den Abschied, der ihm auf wiederholtes Gesuch in Gnaden unter Verleihung des Charakters als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat Exzellenz gewährt wurde. Er verbrachte zunächst mehrere Jahre auf Reisen in Italien, Aegypten und Algerien und ließ sich dann in der Heimat seiner Gattin Lina, geb. Sutor, nieder. 1912 wurde er aus Allerhöchstem Vertrauen in das Herrenhaus berufen. Er ist Geschäftsführer des Geschlechtsverbandes seiner Familie.

Der Krieg und die Krieger

t. **Merseburg**, 27. Nov. (Zur Auszahlung der Reichsfamilienunterstützungen) hat der Kreis bisher Darlehen in Höhe von 4 350 000 M. aufgenommen. Der Kreisausschuß bewilligte jetzt weitere 2 Millionen M. für gleiche Zwecke. Es werden monatlich 300 000 M. benötigt.

n. **Köthen**, 27. Nov. (Die Kriegergräber auf dem Ehrenfriedhof) wurden am Totensonntag von den Schülerinnen der Mädchenbürgerschule mit Blumen und Kränzen geschmückt. Etwa 150 Kränze waren von den Mädchen beschafft worden, die nach einer Andacht in der Schule von den einzelnen Klassen auf den Gräbern niedergelegt wurden.

— **Dresden**, 27. Nov. (Ein Denkmal für Immelmann.) Die Stadt bewilligte 15 000 M. zu einem Denkmal für Immelmann.

Aus Landes- und Stadtparlamenten
Verbandstagungen — Wahlen

L. **Teuchern**, 27. Nov. (In der Stadtverordnetensitzung) gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Bürgermeisters; die Versammlung ehrte dessen Andenken in der üblichen Weise. Die Rechnung der Freibhofskasse aus dem Jahre 1916 wurde in Einnahme mit 3280 M., in Ausgabe auf 1723 M., die der Armenkasse auf 13 069 bezw. 21 551 M. festgesetzt. Bei der ersteren ergab sich ein Ueberschuß von 1557 M., bei der letzteren ein Fehlbetrag von 8482 M. Da dieser Fehlbetrag mit jedem Jahre größer wird, soll er in nächster Zeit aus der Welt geschafft, jedoch erst abgewartet werden, wie hoch die von der Provinz erbetene Beihilfe sein wird. Die neuen Etats beider Kassen wurden in derselben Höhe festgesetzt wie in den Vorjahren. Das Projekt einer Wasserleitung soll kräftig weitergefördert werden, wenn auch für die nächste Zeit eine Ausführung wohl schwerlich gedacht werden kann. Ebenso soll das letzte Projekt des verstorbenen Bürgermeisters — der Bau einer Straßenbahn — gefördert werden. Man hofft dadurch die sächt ungünstigen Bahnverhältnisse für unsere Stadt zu bessern und die dadurch bedingten Entwicklungsschwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Eine kräftige Unterstützung ist von der Rittergutsverwaltung zu erwarten, die sich mit der Anlage einer Feldbahn nach dem Bahnhofe beschäftigt. Diese Bahn, die auch Güterverkehr aufnehmen soll, ist vom Bahnhof durch die Stadt über Trebnitz-Luckenau nach Bahnhof Luckenau gedacht. Eine Verwirklichung des Planes wird gleichfalls erst nach dem Kriege geschehen können. Die Trennung der Stadtsparkasse von der Stadthauptkasse und die Beschaffung der dazu erforderlichen Räume wurde bis nach der Neubesetzung der Bürgermeisterstelle vertagt. Den beiden Gemeindeschwestern wurde eine monatliche Teuerungszulage von je 15 M. bewilligt. Denn stimmte die Versammlung der Umwandlung einer Volksschullehrerstelle in eine Mittelschullehrerstelle zu und bewilligte für die Stelle eine Zulage von 700 M. In nichtöffentlicher Sitzung beschäftigten sich Stadtverordnete und Magistrat mit der Neubesetzung der Bürgermeisterstelle.

Kirche, Universität, Schule

* **Neinstedt**, 27. Nov. (Die Neinstedter Anstalten), weithin über unsere Provinz hinaus bekannt und geschätzt haben eben ihren 67. Jahresbericht herausgegeben; bestehen sie doch seit dem Jahre 1850, wenn natürlich auch nicht in dem Umfange wie heute. Vielnehr sind die allerlei Anstalten nach einander entstanden und dienen verschiedenen Zweigen der christlichen Liebestätigkeit. Als Kirchengemeinde bilden sie seit 1885 ein Ganzes; die Anstaltsgemeinde zählt etwa 1050 Seelen. Das Brüderhaus, eine Bildungs- und Unterrichtsanstalt für evangelische Diakonen; sie zählt gewöhnlich 25—30 Zöglinge; die Gesamtbrüderschaft, welche die ausgesendeten Brüder mit umfaßt, zurzeit 244 Brüder. Im Weltkriege ließen ihr Leben für das Vaterland bisher 21 Brüder. Das Knabenrettungshaus erzieht und unterrichtet gefährdet, verlassene und verwaiste Knaben und hat 120—130 Plätze. Diese beiden Anstalten, das Brüderhaus und das Knabenrettungshaus, sind organisch miteinander verbunden und bilden den sog. „Lindenhof". Dazu kommen dann die Anstalten für Schwachsinnige, Blöde und Epileptische; sie tragen den gemeinsamen Namen „Elisabethstift". Es sind sieben Häuser, die einheitlich geleitet und verwaltet werden; sie zählen zurzeit etwa 675 Pfleglinge beiderlei Geschlechts und jeglichen Alters. Möchten die Reinstedter Anstalten, in denen eine schwere, aber segensreiche Arbeit getrieben wird, immer mehr Freunde finden, die sie unterstützen!

Verschiedene Nachrichten

— **Dessau**, 27. Nov. (Prinzessin Joachim von Preußen) ist hier eingetroffen und hat im Palais Prinz Eduard Wohnung genommen. Im Gefolge befinden sich Ehrendame Freiin von Willisen und Hauptman von Holtzoff.

* **Schwerz**, 27. Nov. (Deutsche Vaterlandspartei.) Hier hat sich eine Bezirksgruppe der Deutschen Vaterlandspartei gebildet, und zwar sind in Schwerz 72, in Bickenhausen 20 Mitgliedschaften erfolgt.

t. **Merseburg**, 27. Nov. (Bürgermeister Dr. Moseboch) ist zum Vorsitzenden der Prüfungsstelle Merseburg ernannt worden.

Köthen, 27. Nov. (Im hiesigen Kreiskrankenhause) wurden im Rechnungsjahre 1916/17 1251 Personen (gegen 1269 im Vorjahre) in die Verpflegung aufgenommen und zwar 750 männliche und 501 weibliche. 960 wurden als geheilt, 25 als gebessert und 16 als ungeheilt entlassen; gestorben sind 133. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 157 688 M. (172 465 M.), die Einnahmen auf 134 751 M., mithin hat der Kreis einen Zuschuß von 22 882 M. zu leisten.

L. **Teuchern**, 27. Nov. (In Brand geraten) ist am Sonnabend der dicht am Dorfe Gaumnitz gelegene Tagebau. Der starke Sturm schürte das Feuer so, daß das Dorf in Gefahr kam. Herbeigerufene Unteroffizierschüler aus Weißenfels und Feuerwehren der Umgegend konnten schließlich den Brand unterdrücken.

— **Magdeburg**, 27. Nov. (Bahnbeamte als Eisenbahndiebe verhaftet.) Ein Lokomotivheizer, ein Hilfslokomotivheizer, ein Rangiermeister, zwei Rangierer und zwei Bahnarbeiter, die in der Nacht zum 24. auf dem Hauptbahnhof aus einem plombierten Eisenbahnwagen ein Faß Butter gestohlen und gleich an Ort und Stelle geteilt hatten, wurden festgenommen. In der Wohnung des einen Arbeiters wurden eine Anzahl Büchsen mit Fleisch- und Gemüsekonserven und in der des einen Rangierers ein holländischer Käse vorgefunden, die auch aus Eisenbahndiebstählen herrührten.

Die ersten gefangenen Nordamerikaner

Aus dem Felde wird uns geschrieben:

Vor Monaten schon wurde es bekannt, daß amerikanische Infanteristen an einzelnen Stellen der Westfront eingesetzt seien. Nicht dort freilich, wo Schlachten im Gange waren, tauchten diese neuen Helfer auf, von denen die Entente die endgültige Niederwerfung Deutschlands erhofft und erwartet — nein, an ruhigen Stellen, an denen eine allmähliche Anpassung der Neulinge an das ungewohnte Kriegserleben gesichert schien. Zu unaleichen Paaren standen sie dort, der dunkle, untersetzte französische Landsturmmann neben dem jungen, blonden, hochgewachsenen, etwas ungefügen Sohn des Sternenbannerlandes. Da standen sie und hielten Wacht. Gefangene Franzosen haben uns damals mit mitleidigem Lächeln von diesen fernhergekommenen Soldenbrüdern erzählt, die bei jeder in der Nähe einschlagenden Granate zusammenzuckten oder gar Reißaus nahmen.

Seitdem hat sich einiges geändert. Geschlossene amerikanische Verbände sind da und dort in die französische Linie hineingeschoben worden, der Filzhut ist dem Stahlhelm nach englischem Muster gewichen, das Sausen und Platzen der Granaten ist den amerikanischen Kriegern vertrauter geworden. Uns nun haben, auf sich allein gestellt, zum erstenmal dem wirklichen Ernst des Krieges — und wenn's auch nur der Ernst eines „Handstreiches" war — ins Auge geschaut. Denn diesmal heulten die Granaten nicht nur über ihre Köpfe hinweg, sondern den Graben selbst, in dem sie standen, hatten sie sich ausgesucht, und mit plötzlichem Höllenlärm begann zu wanken und zu bersten, was den jungen Soldaten als fester Schutz- und Trutzwall gegolten hatte. Und dem Feuerüberfall unmittelbar folgend, drang unerhaltsam bayrische Landwehr in den Graben ein, Gewehrschüsse, Krachen von Handgranaten, löste das Geheul der Artillerie-Geschosse ab.

Unsere neuen Gegner waren zur äußersten Verteidigung bereit. Ein hitziges Handgemenge beginnt. Mit Gewehrkolben, mit Fäusten und Handgranaten wird gearbeitet, und viele sinken zu Boden, ehe der Rest, zum Teil verwundet, vom verzweifelten Widerstand ablässt und sich gefangen gibt. Nach einer knappen Stunde waren die deutschen Sturmtrupps mit ihrer Beute in den eigenen Graben zurückgekehrt. Da stehen sie nun vor uns, die Jungmänner des „Landes der Freiheit", kräftige, sportgewöhnte Körper, ein gutmütiges Lächeln in den blauen Augen und sind bewundert, daß wir sie nicht niederschießen lassen, wie man es ihnen im französischen Ausbildungslager erzählt hatte.

Auf die Frage: Warum führt Amerika Krieg mit Deutschland? wissen sie keine Antwort. Die Versenkung amerikanischer Schiffe durch deutsche U-Boote, wie es mit Vorliebe heißt, klingt gar zu matt. Der eine meint, wir hätten Belgien so schlecht behandelt und ein anderer führt gar Lafayette ins Feld, der im Unabhängigkeitskriege Amerika einst Frankreichs Hilfe gebracht habe, und darum müsse Amerika jetzt zu Frankreich halten! So schwätzen sie ihren Leitungen nach, von denen sie doch, wie jeder Amerikaner, grundsätzlich nur die Hälfte glauben. Und wenn wir ihnen erzählen von Englands Schuldenlast in Amerika, von der Furcht der Geldgeber, Millionen und aber Millionen von Dollars zu verlieren, wenn England unterliegen sollte, da sperren sie Mund und Augen auf, und es beginnt ihnen zu dämmern, für welche Ziele sie in Wirklichkeit Leib und Leben aufs Spiel setzen mußten.

Sie können ja nichts dafür. Und doch kann man es unseren Feldgrauen nachfühlen, wenn sie empört sind über die „hergelaufene Bande", die nichts zum Kampfe gegen uns zwingt. Der Frangmann, so meinen sie, kämpft für seine gloire, die Schande von Anno 70 auszulöschen, der Brite ringt mit uns um die Herrschaft zur See, um den endgültigen Beweis, wer von den beiden Riesen der stärkere sei, — aber der Amerikaner? Unsere Feldgrauen verachten ihn, erkennen ihn nicht an als ebenbürtigen Gegner, und wenn er sich auch noch so tapfer schlägt.

Aus Halle und Umgebung

Halle, 28 November.

Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden

Durch den dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Gesetzentwurf über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden wird der Staatsregierung ein weiterer Betrag bis zu 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Erleichterung ihrer Ausgaben für Kriegswohlfahrtszwecke Beihilfen zu gewähren.

Für den gleichen Zweck sind bisher im ganzen 510 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Diese Mittel werden, nachdem jetzt die Aufwendungen der Gemeinden und Gemeindeverbände für Kriegswohlfahrtspflege bis Ende Juli 1917 mit Beihilfen bedacht sind, bis anfangs Dezember 1917, bis zu welchem Zeitpunkte vermutlich die Beihilfen zu den bis Ende Oktober 1917 geleisteten Ausgaben gezahlt sein werden, bis auf etwa 12 Millionen Mark aufgebraucht sein. Dieser Rest wird sicherlich nicht mehr ausreichen, um die Beihilfen für den Monat November 1917 die bis zum Januar 1918 zur Anweisung kommen, zu decken, da die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände für Kriegswohlfahrtspflege in den letzten Monaten jetzt schon auf rund 63,5 Millionen Mark im Monat gestiegen waren. Um den Gemeinden und Gemeindeverbänden bei diesen Ausgaben auch weiterhin die unentbehrliche Hilfe des Staates neben der des Reiches in ausreichendem Maße, das heißt im Durchschnitt ebenso wie beim Reich mit etwa einem Drittel der Ausgaben, zuteil werden zu lassen, bedarf es nochmals der Bereitstellung weiterer Mittel, die mit Rücksicht darauf, daß eine genauere Berechnung des Bedarfs bei der Ungewißheit über die Höhe der Ausgaben nicht möglich ist, wiederum auf 200 Millionen Mark zu bemessen sein werden.

— **Die Nachrichtentruppe**, eine der vielen Neuerscheinungen des Weltkrieges, ist hervorgegangen aus einer kleinen Zahl von Telegraphenbataillonen, von denen die ersten im Jahre 1899 aufgestellt wurden. Die junge Waffe hat die große Aufgabe, die Heeresverbände auf allen Kriegsschauplätzen miteinander, mit der Zivilbevölkerung und mit der Heimat schnell und sicher zu verbinden. Das Nervensystem des Heereskörpers reicht bis in die vorderen Gräben. Am leistungsfähigsten sind Fernsprecher und Telegraph. In den eroberten Gebieten wurde das Netz fester Linienzüge neu geschaffen, da der zurückgehende Feind die vorhandenen Leitungen zerstört hatte. Im Kampfgebiet werden feldmäßige Leitungen aus abgeroltem Draht auf dünnen Stangen, in offene oder geschlossenen Gräben oder Ihr Bau und ihre Wiederherstellung im Feuer erfordern Umsicht und hohen Mut. Besondere Schwierigkeiten bereiten an den Gebirgsfronten. Im Bereich des stärksten feindlichen Artilleriemassenfeuers treten an die Stelle des Fernsprechers der Funkentelegraph und besonders die Sprechstelle keiner Drahtverbindung bedürfen. Hier hat man auch ältere Nachrichtenmittel zurückgegriffen, wie Lichtzeichen, Brieftauben und Meldehunde. Nachrichtenformationen folgen den vorrückenden Infanterie, Nachrichtenmittel verbinden die Gefechtstruppe mit der Beobachtung und der Feuerleitung. Die Nachrichtentruppe ermöglicht die einheitliche Führung; sie erhält den schwerringenden Truppen das Gefühl des Zusammenhangs und des Rückhalts am Ganzen. Am Ende des dritten Kriegsjahres hatte die Nachrichtentruppe 920 000 Kilometer Telegraphendraht in Betrieb, das ist das Wäsche des Erdäquators; ins Feld geliefert aber waren 2 700 000 Kilometer, und ein ganz bedeutender Teil davon wurde mehrmals ein- und wieder abgebaut. Feldstationen der höheren Stäbe gleichen an Umfang und technischer Ausstattung den heimischen Telegraphenämtern. Sie hier ergänzen Funkentelegraphenstationen jeder Art das Netz; richtenweg; die Funker sorgen auch für die Verbindung mit den Luftstreitkräften. Das Zusammenwirken mit der Feldtelegraphenverwaltung hat viel zu dem Erreichten beigetragen, durch die deutsche Industrie aber wurde die Wiedergeburt der Nachrichtentruppe erst ermöglicht. Somit ist es wieder die deutsche Industrie, die das Beste getan hat, um eines der wichtigsten Erfordernisse der Kriegführung, die feste Zusammenschließung und Zusammenfassung aller Bestandteile und Glieder des gewaltigen Kampfkörpers zu beschaffen und dauernd zu erhalten.

— **Der Hallesche Geflügelzüchter-Verein** (E. V. Sitz) 21. November seine zweite Monatsversammlung ab. Nach Aufnahme neuer Mitglieder wurde auf Antrag eine Verlegung des Vereinslokals beschlossen und als neues Lokal Bauers Restaurant ausersehen gewählt. Der Erich ung eines Postscheckkontos wurde zugesagt nunt. Die seitherige kostenfreie Lieferung der „Geflügelwelt" an die Mitglieder soll hinfort in Wegfall kommen, da die Vereinskasse für künftige größere Ausgaben erstarkt. Ferner wurde beschlossen, die im eigenen Verlage erscheinenden Vereinsblätter in größerem Umfange den Mitgliedern als Vereinsstoff zuzuführen. Die Versammlung stimmte ferner dem Anschlußantrage bei, im Vereine je eine Abteilung für Zucht und Kaninchenzucht zu errichten; die dazu erforderlichen Obmänner wurden gewählt, der Verein tritt dem neu ins Leben gerufenen Kriegsfiedlerbund. Sitz Kel, als Mitglied bei. Zum Schlusse die Höhe des Jahresbeitrages und stellt seine Mitglieder bei Ergreifung von geflügelzüchterischen Maßnahmen zur Verfügung. Für die Dezember-Versammlung stellte der Vorsitzende einen Lichtbilder-Vortrag in Aussicht.

Börsen- und Handelsteil

Devisenkurse

Berlin, 27. Novbr. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für

	Geld	Brief
Holland	204¼	205¼
Dänemark	223	224
Schweden	250¼	251¼
Norwegen	224¼	224¾
Schweiz	155	155¾
Oesterreich-Ungarn	64,30	64,50
Bulgarien	80¼	81
Konstantinopel für ein türkisches Pfund	20,25	20,35
Spanien für 100 Peseten	136¼	137¼

Börsenstimmungsbild

Berlin, 27. Nov. Bei zeitweise lebhaften Umsätzen in bevorzugten Werten war auch heute die Grundstimmung freier Börsenverkehr als recht fest zu bezeichnen. Von Montanwerten waren neben Phönix, Gelsenkirchen und Bismarckhütte vor allem Kohlenwerte, von Rüstungsaktien Rheinmetall, letztere mit einem neuen Höchstkurse bevorzugt. Von Petroleumwerten wandte sich das Interesse vorzugsweise deutschen Petroleum- und Nafta Rosel zu. Von Automobilaktien waren Daimler etwas niedriger. Schiffahrtsaktien und Kaliwerte konnten ihre Grundlage behaupten. Der Anlagemarkt verkehrte in ruhiger Tätigkeit.

Produktenbericht.

Berlin, 27. Nov. Das Eintreten des Frostwetters dürfte die Verladung mancher Artikel, wie Kartoffeln und Rüben beeinträchtigen, andererseits dürften die Ankünfte von Getreide noch umfangreicher werden. Im hiesigen Produktenverkehr war nichts verändert. Alle landwirtschaftlichen Sämereien sind gefragt, doch steht nur wenig zur Verfügung. Serradella, Klee- und Grassaaten und Rübensaaten dürften nach der gestrigen Verordnung zu anderen als zu Saatenzwecken nur mit Genehmigung der Reichsfuttermittelstelle abgesetzt werden. Raufsuter bleibt knapp. Als Ersatz ist vielfach Erbsen-, Bohnen-, Raps-, Wicken- und Rübensaaten gesucht.

— **Sangerhäuser Actien-Maschinenfabrik und Eisengießerei vormals Hornung & Rabe in Sangerhausen.** Der Aufsichtsrat schlägt für das am 30. September beendete Geschäftsjahr 1916/17 eine Dividende von 10 Prozent gegen 8 Prozent im Vorjahre vor.

Letzte Telegramme

Die Unordnung in Charbin

New-York, 27. Nov. (Reuter.) Einem Telegramm aus Peking zufolge nimmt die Unordnung in Charbin zu. Die Konsuln haben den russischen Behörden mitgeteilt, daß falls keine Bürgschaften für den Schutz der Fremden gegeben werden, englische, amerikanische und japanische Truppen herbeirufen werden, um in Verbindung mit den russischen und chinesischen Vertretern an der Aufrechterhaltung der Ordnung zu arbeiten.

Andrés Ersten Präsident des Kassationshofes

Paris, 27. Nov. (Agence Havas.) Der Rat des Kassationshof André wurde zum Ersten Präsidenten des Kassationshofes in Paris an Stelle von Monier ernannt.

700 000 Flüchtlinge

Amsterdam, 27. Nov. Einem hiesigen Blatte zufolge erfährt die „Times" aus Mailand, daß 700 000 Flüchtlinge aus den westitalienischen Provinzen Mailand passierten.

Dreifache Hinrichtung

Hanau, 27. Nov. Die am 13. März d. J. von dem in Fulda zusammengetretenen Schwurgericht wegen der Ermordung des Königlichen Försters Romanus aus Rißig zum Tode verurteilten drei Zigeuner Hermann, Wilhelm und Ernst Stenz wurden heute früh in Hanau hingerichtet.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Hans Simon; für Oertliches, Provinz, wirtschaftliches, Gerichtssaal und Sport: Heinrich Mielchen; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: Georg Hernandez; für den übrigen Teil: Dr. Hans Simon; für den Anzeigenteil: Otto Kreibohm, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191711281-19/fragment/page=0004